

Die Dominanz von Microsoft im Bildungssektor in Österreich und Alternativen

Die Aufgabe des EDV-Unterrichts an Schulen ist u.a. die Vermittlung von Kenntnissen für EDV-Anwendungen im Büro. Die ECDL-Lehrpläne (Syllabi) sind produktneutral formuliert, doch von den 225 von der Österreichischen Computergesellschaft approbierten Lernmaterialien basieren nur 13 auf Open Source Software, darunter keine für den Office Bereich. Somit erhalten praktisch alle Schüler_innen in Österreich eine staatlich geförderte Ausbildung für Microsoft Produkte.

Die weite Verbreitung beruht nicht auf Zufällen.

Das Microsoft Education Team betreut erfolgreich Schulen und Universitäten. Das Bildungsministerium schloss 2004 das Microsoft Austrian College and High School Agreement ab. Es wurde zuletzt bis 2017 ohne Ausschreibung verlängert. Damit wird Lehrer_innen und Schüler_innen eine verbilligte Möglichkeit geboten, ein Lizenzpaket der Firma Microsoft zu erwerben. Bei einer Umstellung der Lizenzpolitik auf Softwaremiete wird hier der Samen einer langen Abhängigkeit gesät. Der Microsoft Konzern baut so seine Vormachtstellung weiter aus. Mit 85 Milliarden Umsatz und 25-33% Gewinn zählt Microsoft zu den besonders profitablen Aktiengesellschaften.

Was brauchen Nutzer_innen und der Markt?

Von Lehrern und Eltern ist mitunter das Argument zu hören, dass es in der Wirtschaft nur Microsoft Produkte gäbe und daher eine Ausbildung dafür bessere Jobchancen verspricht. Schüler_innen sollen Erfahrungen sammeln dürfen, aber wenn dann im Umgang und die Prinzipien des Textverarbeitung und nicht die Bedienung eines Programmes nur eines Herstellers. Denn die Vielfalt an Textverarbeitungsmöglichkeiten ist auch im Beruf Realität, etwa durch Cloud-basierte Lösungen wie Google Docs oder Desktops im öffentlichen Sektor, die auf LibreOffice umsteigen. Die Unabhängigkeit der EDV-Lehre ist nicht nur gefährdet, sie ist bereits korrumpiert.

Wem gehören die Daten?

Wenn eine (Hoch-)Schule ihre Kommunikation und Daten (mitunter auch über Schüler_innen oder das Personal) einem US-amerikanischen Cloud - Anbieter anvertraut, gelten dessen Nutzungsbedingungen. Google verspricht, diese Daten nicht für personalisierte Werbung auszuwerten. Auch Microsoft bemüht sich redlich, europäische Standards mit Verträgen mit dem Safe Harbour Abkommen sowie nach den EU Model Clauses anzubieten. Doch halten diese Bemühungen für höhere Datenschutzstandards? Mit dem Ersatz des USA Patriot Act durch den USA Freedom Act wurde am 2. Juni 2015 zwar die Möglichkeit der Telefonüberwachung eingeschränkt, nicht aber jene des Internets. Weiterhin können amerikanische Geheimdienste und lokale Gerichte bei Terrorverdacht Anordnungen erteilen, dass IT Dienstleister Auskünfte erteilen müssen, ohne dass dies den Nutzer_innen oder im Unternehmen selbst berichtet wird.

Beschaffung in der Bundesverwaltung

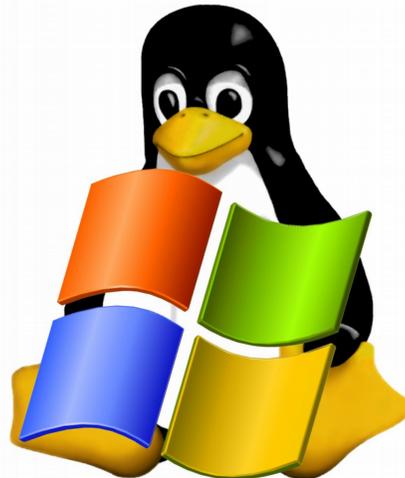
Wie kann eine derartige Markt-Dominanz mit Microsoft entstehen? Gibt es hier ein Muster jenseits des Bildungssektors? Wir werteten eine parlamentarische Anfrage des Bundesrates Marco Schreuder vom November 2014 aus, welche an alle österreichischen Ministerien und das Bundeskanzleramt erging. Auffallend hoch sind die Kosten beim Bundesministerium für Bildung und Frauen mit 1,48 Millionen Euro, wobei die nachgeordneten Bereiche wie Schulen nochmal mit 8,28 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Geheimhaltungspflichten werden standardmäßig von den meisten Ministerien folgendermaßen beantwortet: "Schließlich sind Kosten von Softwarelizenzen auch Gegenstand der Vertragsgestaltung mit dem überlassenden Unternehmen und können daher nicht preisgegeben werden." Inwiefern bei öffentlichem Interesse und dem Einsatz öffentlicher Mittel Privatverträge mit Geheimhaltungsklauseln überhaupt zulässig sind, wäre durch einen Präzedenzfall auszujudizieren.



Die „European Computer Driving License“ prüft die vier Module

- Textverarbeitung
- Tabellenkalkulation
- Datenbank
- Präsentation



Auf dem Markt gibt es hierfür zahlreiche Lösungen wie

- Microsoft Office
 - Libre Office
 - Open Office
- sowie Cloud-basierte Dienste wie
- Office 365
 - Google Docs
 - Etherpad / Ethercalc

Somit stehen für jedes Betriebssystem Standardanwendungen zur Verfügung.



Auch Lehrpersonen aus Österreich werden zu Microsoft Bildungskongressen eingeladen, etwa nach Barcelona, Prag, Lissabon, Berlin oder Brasilien. Wenn diese an einer Pädagogischen Hochschule stattfinden, gelten sie als Weiterbildungsveranstaltung. Wer welche Kosten verrechnet ist nicht transparent. Als Ergänzung zu den Bildungskongressen gibt es seit 2013 die Zertifizierung als "Microsoft Expert & Innovative Educator", wie etwa den Mathematiklehrer Kurt S., der öffentlich sagt, dass er den Bildungsauftrag am besten mit Microsoft - Produkten umsetzen könne.

Verteilung von E-Mail Systemen an 26 Vorarlberger Bildungseinrichtungen



USB Lernstick = BYOD (Bring Your Own Device) in der Hosentasche

Linux als Alternative?

Zahlreiche Schweizer und Tiroler Schulen setzen auf den Lernstick. Dieser bootet auf jeder, auch älteren Hardware, die Daten sind immer gleich mit dabei. Das System basiert auf Debian Linux mit KDE und ist sehr einfach zu bedienen. Standardprogramme und Lernsoftware sowie ein Backup-Tool sind vorinstalliert. Die Distribution wird von der Fachhochschule Nordwestschweiz betreut. Support kann durch lokale Linux Spezialisten angeboten werden, welche etwa in der Open Source Experts Group der Wirtschaftskammer Österreich gelistet sind (www.opensource.co.at).